

Protokoll

XI/SGR/011

**über die öffentliche Sitzung des Samtgemeinderates
der Samtgemeinde Baddeckenstedt
am Dienstag, den 12.12.2023, von 18:32 Uhr bis 19:57 Uhr
im Dorfgemeinschaftshaus, Specken 10, Berel**

Anwesend:

Ratsmitglied

Brandes, Bernd

Brandes, Katrin

Bruer, Hans-Joachim

Gewalt, Kevin

Grenz, Stephan

Hoffmeister, Björn

Karbstein, Jürgen

Kott, Alexander

Löhr, Norbert

Nölcke, Gerd

ab 18:45 Uhr

Rollwage, Sherin

Scheuven, Sebastian

Söhnel, Nico

Tempel, Michael

Vree, Friedhelm

Wagner, Kai

Waßmuß, Harm

Wiezer, Dirk Swen

Wöllke, Wolfgang

SGB

Brandt, Frederik

SGORin

Simons, Birgit

SGARin

Bettels, Sandra

Verw. Ang. zugleich als Protokollführer/in

Vogt, Kathrin

Abwesend:

Ratsmitglied

Bülow, Dieter
Festerling, Arno
König, Henning
Sander, Martha-Theres
Schadler, Michael
Schrader, Gerhard
von Cramm, Helena Freifrau
Wolf, Hans-Heinrich

Öffentliche Sitzung

Beginn: 18:32 Uhr
Ende: 19:57 Uhr

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung des Samtgemeinderates

Keine Einwendungen oder Ergänzungen.

2. Genehmigung des Protokolls über die 10. Sitzung des Samtgemeinderates vom 26.09.2023

BS: -mehrheitlich beschlossen-

Ja-Stimmen: 17 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 2 Befangen: 0

3. Einwohnerfragestunde

3.1. Einwohnerfragestunde: Ausfallzeiten Hort Hohenassel

Frau Sandra Bock geht auf die Betreuungsfehlzeiten im Hort Hohenassel ein und fragt, wie dies zukünftig vermieden werden könne. Weiter möchte die Sprecherin wissen, ob eine Gebührenerstattung erfolgen wird.

SGB Brandt erläutert, dass der Missstand durchaus bekannt sei. Derzeit verzeichne man rund 30 % Fehlzeiten in den Kindertagesstätteneinrichtungen aufgrund von Krankheit. Dies seien vor allem kurzfristige Erkrankungen, die nicht vorhergesehen werden könnten, was die Verwaltung wiederum veranlasse, die Einrichtungen kurzfristig schließen zu müssen. Auch mit dem Vertretungspersonal könnten die enorm hohen Fehlzeiten nicht mehr aufgefangen werden.

Bezüglich der Gebührenerstattung äußert der SGB, dass dies intern bereits geprüft werde. Im Grunde sei man durch Satzungen gebunden, man werde jedoch in der nächsten SGA-Sitzung einen entsprechenden Vorschlag unterbreiten. Zum jetzigen Zeitpunkt könne noch keine konkrete Aussage darüber getroffen werden.

Frau Bock geht auf die arge Kurzfristigkeit ein und dass dies ein großes Problem für die Eltern darstelle. Weiter fragt die Sprecherin nach, ob man nicht vom schlimmsten Fall ausgehen bzw. diesen kommunizieren könne.

SGB Brandt geht darauf ein, dass man an einer Grenze angekommen sei, die nicht mehr zu bewerkstelligen wäre. Man könne keine pauschalen Aussagen für alle Einrichtungen treffen, da

die Fehlzeiten nicht vorhersehbar seien. Man versuche den Eltern schnellst möglich die Informationen über die App zur Verfügung zu stellen, einen schnelleren Weg gäbe es nicht.

3.2. Einwohnerfragestunde: Reinigung von öffentlichen Gebäuden

Frau Schaare geht darauf ein, dass es innerhalb eines Kurses im RVZ sehr dreckig gewesen sei. Die Sprecherin möchte wissen, ob es einen Reinigungsplan gäbe (auch in Bezug auf die Reinigung von öffentlichen Gebäuden).

SGB Brandt geht darauf ein, dass im RVZ eine Reinigungskraft eingestellt worden sei. Es könne durchaus sein, dass sich dies in der Anfangszeit erst einpendeln müsse. Der SGB sichert zu, Kontakt mit Frau Garbrecht und Herrn Kubitschke aufzunehmen, um das Thema anzusprechen.

Frau Schaare fragt nach, ob Feuerwehrhäuser zu öffentlichen Gebäuden zählen würden und wie diese gereinigt werden würden. Weiter möchte die Sprecherin wissen, ob es Satzungen oder Ähnliches dafür gäbe.

SGB Brandt führt aus, dass die Reinigung der Feuerwehrhäuser den Kameradinnen und Kameraden obliegen würde. Bisher habe es keine Beschwerden gegeben. Reinigungspersonal sei dafür nicht eingestellt worden. Die Prüfung von Legionellen in öffentlichen Gebäuden finde zudem regelmäßig statt.

4. Bericht über wichtige Beschlüsse des Samtgemeindeausschusses

SGB Brandt geht auf die nachfolgenden Beschlüsse ein:

- Errichtung einer Garage für den Kreis-MTW am Feuerwehrhaus Steinlah
- Planungen und Untersuchungsergebnisse zu nicht leitungsgebundenen Löschwasserentnahmestellen
- Betriebsferien in den Kindertagesstätten ab 2025, incl. Eckpunkte für die Notfallbetreuung in den Sommerferien

5. Feststellung des Sitzverlustes des Ratsmitgliedes Henning König gem. § 52 Abs. 2 NKomVG

AV Brandes teilt mit, dass RM König am 24.11.2023 schriftlich mitgeteilt habe, sein Mandat aus gesundheitlichen Gründen zum nächstmöglichen Zeitpunkt niederzulegen.

AV Brandes fügt hinzu, dass das RM darauf verzichtet habe, sich zu erklären. Die Sprecherin lässt zur Feststellung über den Sitzverlust abstimmen und begrüßt als Nachrücker RM Gerd Nölcke.

BS: -einstimmig beschlossen-

Gem. § 52 Abs. 2 NKomVG wird der Sitzverlust des Ratsmitgliedes Henning König festgestellt.

6. Förmliche Pflichtenbelehrung und Verpflichtung eines Ratsmitgliedes durch den Samtgemeindebürgermeister (§§ 40 - 43 i.V.m. § 60 NKomVG)

AV Brandes teilt mit, dass die förmliche Pflichtenbelehrung sowie die Verpflichtung des RM Gerd Nölcke bereits im Vorfeld erfolgt sei.

Die Verpflichtung wird hiermit aktenkundig gemacht.

7. Wahl der/des 1 stellv. Ratsvorsitzenden

AV Brandes fragt nach Vorschlägen zur Wahl der/ des 1. stv. Ratsvorsitzenden.

RM Löhr schlägt RM Gerd Nölcke vor.

Da keine weiteren Vorschläge eingehen lässt AV Brandes darüber abstimmen.

Eine geheime Wahl wurde nicht beantragt und es gab keine Einwände gegen eine Stimmabgabe per Handzeichen.

Die Wahl zum 1. Stv. Ratsvorsitzenden fällt auf RM Nölcke.

Wahlergebnis:

Ja-Stimmen: 20 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0 Befangen: 0

Die Wahl zum 1. Stv. Ratsvorsitzenden fällt auf RM Nölcke.

8. Umbesetzung der Ausschüsse aufgrund des Sitzverlustes des Ratsmitgliedes Henning König gem. § 71 Abs. 9 NKomVG und Feststellungsbeschluss gem. § 71 Abs. 5 NKomVG

SGB Brandt führt aus, dass die CDU/FDP-Gruppe mit Schreiben vom 05.12.2023 die Umbesetzung der Funktionen und Ausschüsse, aufgrund des Sitzverlustes von Henning König, mitgeteilt habe. Diese stelle sich wie folgt dar:

Erster Stellvertretender Ratsvorsitzender: RM Nölcke

Samtgemeindeausschuss: ordentliches Mitglied RM Wöllke
stellvertretendes Mitglied RM Nölcke

Bau- und Umweltausschuss: Vertreter RM Nölcke

Ausschuss für Feuerschutz und öffentliche Sicherheit: ordentliches Mitglied und Vorsitzender
RM Nölcke

Konsultationsausschuss Abwasser: ordentliches Mitglied RM Nölcke

Vertreter KiTA Beirat Hohenassel: RM Nölcke für RM Wöllke

Vertreter Krippenbeirat Hohenassel: RM Nölcke für RM Wöllke

Vertreter Hort Beirat Hohenassel: RM Nölcke für RM Wöllke

Der SGB merkt an, dass per Feststellungsbeschluss gefasst werden müsse.

AV Brandes lässt darüber abstimmen.

RM Grenz merkt an, dass es gemäß § 71 Abs. 4 NKomVG nicht Abs. 4 sondern Abs. 9 heißen müssen.

SGB Brandt sichert zu, dies zu prüfen und dem Protokoll beizufügen.

BS: -einstimmig beschlossen-

Die Besetzung der Ausschüsse wird gem. § 71 vom
Samtgemeinderat festgestellt.

9. Abberufung und Bestellung einer Ortsvertrauensperson für der Ortsteil Binder gemäß § 11 der Hauptsatzung der Samtgemeinde Baddeckenstedt

AV Brandes führt aus, dass laut Hauptsatzung Henning König abberufen und RM Grenz als OV bestellt werde.

BS: -einstimmig beschlossen-

1. Hr. Henning König wird als OV der Ortschaft Binder abbestellt.
2. Hr. Stephan Grenz wird als OV der Ortschaft Binder bestellt.

10. Berufung neuer Mitglieder für den Schul- und Kulturausschuss

BS: -einstimmig beschlossen-

Für den Schul- und Kulturausschuss der
Samtgemeinde werden als neue, stimmberechtigte
Mitglieder folgende Personen in den Ausschuss
berufen:

- Frau Bianca Schaare-Schlüterhof,
kommissarische Schulleitung Grundschule
Sehlde
- Frau Nicolle Langer, gewählte stellv.
Elternvertreterin Grundschule Elbe
- Frau Jenna Schalk, gewählte stellv.,
Elternvertreterin Grundschule Hohenassel.

11. Berufung neuer Mitglieder für den Kindertagesstättenausschuss

BS: -einstimmig beschlossen-

Für den Kindertagesstättenausschuss der
Samtgemeinde werden als neue, nicht-
stimmberechtigte Mitglieder folgende Personen gem.
§ 71 Absatz 5 NKomVG in den Fachausschuss
berufen:

- Frau Lisa Maßberg, Elternvertreterin für den
Bereich der Krippen in der Samtgemeinde,
sowie ihre Stellvertretung Frau Sabrina
Schmidt

- Frau Vanessa Schönfeld, Elternvertreterin für den **Bereich der Kindergärten** in der Samtgemeinde, sowie ihre Stellvertretung Frau Olga Bauer
- Herr Nils Söchtig, Elternvertreter für den **Bereich der Horte** in der Samtgemeinde, sowie seine Stellvertretung Frau Tanja Seidenberg

12. Ernennung und Entlassung eines stellv. Gemeindebrandmeisters

SGB Brandt bedankt sich bei Hr. Michael Barthel und geht darauf ein, dass es heutzutage schwierig sei, Freiwillige zu finden, die solch ein Ehrenamt wahrnehmen würden. Der SGB spricht seinen allerhöchsten Dank und Respekt aus.

Der SGB verliert die Entlassungsurkunden und übergibt ein Präsent.

Weiter verliert der SGB die Ernennungsurkunde für Hr. Uwe Flegel und spricht seine Glückwünsche aus.

BS: -einstimmig beschlossen-

1. Aufgrund des Vorschlages des Gemeindefeuerwehrrückmeldekommandos wird der Ortsbrandmeister der FF Nordassel, Uwe Flegel, kommissarisch unter Berufung in das Ehrenbeamten-verhältnis zum stellv. Gemeindebrandmeister ernannt.
2. Der bisherige stellv. Gemeindebrandmeister Michael Barthel wird aus dem Ehrenbeamtenverhältnis zum stellv. Gemeindebrandmeister entlassen.

13. Integration der Projektagentur Wolfenbüttel in die Gesellschaft für Wirtschaftsförderung im Landkreis Wolfenbüttel

SGB Brandt erläutert, dass sich die Projektagentur WF bisher ausschließlich um Förderungen gekümmert habe und sich in die Wirtschaftsförderungsgesellschaft des LK WF einfinden solle. Hr. Dr. Schiller sei bereits in der letzten SGA-Sitzung vor Ort gewesen und habe die Konzeption vorgestellt. Man erhoffe sich durch die Integration eine wesentliche Verbesserung des Angebotes. Innerhalb der SG werde dies bereits sehr gut angenommen, was auch im Rahmen der Landwirtschaft eine wesentliche Rolle spiele.

BS: -einstimmig beschlossen-

1. Die Projektagentur Wolfenbüttel wird ab 01.01.2024 in die Gesellschaft für Wirtschaftsförderung im Landkreis Wolfenbüttel GmbH integriert.
2. Zur Finanzierung dieser Aufgaben werden zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 7.500 Euro/Jahr bereitgestellt. Die

Finanzierungsvereinbarung mit der Gesellschaft für Wirtschaftsförderung im Landkreis Wolfenbüttel GmbH wird um diesen Betrag auf 32.500 Euro/Jahr erhöht.

3. Der Samtgemeindebürgermeister wird ermächtigt, in der Gesellschafter-versammlung der Wirtschaftsförderung im Landkreis Wolfenbüttel GmbH dem Abschluss einer Kooperationsvereinbarung zwischen der Wirtschaftsförderung im Landkreis Wolfenbüttel GmbH und der Stadt Wolfenbüttel zuzustimmen.

4. Die Übernahme von Aufgaben bzw. die Erweiterung der Gesellschaft für Wirtschaftsförderung im Landkreis Wolfenbüttel GmbH gemäß § 152 Abs. 1 Nr. 1 NKomVG wird der Kommunalaufsicht angezeigt.

14. Finanzierung Netzgesellschaft Braunschweiger Land mbH; hier: 2. Aufgeldeinzahlung, Kreditermächtigung und Bürgschaftsbesicherung

SGB Brandt geht auf die Vorlage zur Finanzierung der Netzgesellschaft ein und macht Anmerkungen zur Bürgschaftsbesicherung. Beim LK WF würde parallel ein weiterer Beschluss vorliegen, der beinhaltet, dass der LK WF durch seine eigene Bürgschaft (die von der SG geleistete Bürgschaft in Höhe von rund 1 Mio. €) ablösen wolle. Weiter solle eine Aufgeldzahlung vorgenommen werden, um auch der Netzgesellschaft mehr Liquidität zu gewährleisten.

BS: -einstimmig beschlossen-

1. Die Samtgemeinde beschließt die in der Anlage 1 beigefügten quotalen weiteren Aufgeld-Einzahlungen für die Netzgesellschaft Braunschweiger Land mbH in den Jahren 2024-2026 mit einer Gesamthöhe von 25.000 € für die Samtgemeinde Baddeckenstedt

2. Der Samtgemeindebürgermeister als Vertreter der Samtgemeinde Baddeckenstedt in der Gesellschafterversammlung der Netzgesellschaft Braunschweiger Land mbH wird ermächtigt, bis Ende 2025 der Aufnahme von Krediten oder Liquiditätskrediten von bis zu 50 Mio. € zuzustimmen (§138 Abs. 5 NKomVG).

15. Umsatzbesteuerung der öffentlichen Hand - § 2b UStG; hier: Widerruf der gegenüber dem Finanzamt Wolfenbüttel abgegebenen Optionserklärung

BS: -einstimmig beschlossen-

Die gegenüber dem Finanzamt Wolfenbüttel abgegebene Optionserklärung gem. § 27 Abs. 22 UStG vom 15. Dezember 2016 wird zum 31.12.2023 widerrufen. Die Samtgemeinde Baddeckenstedt

wendet ab dem 01.01.2024 das neue Umsatzsteuerrecht verbindlich an.

16. Spende an die Freiwillige Feuerwehr Groß Elbe zum 25-jährigen Bestehen der Altersgruppe

BS: -einstimmig beschlossen-

Die Spende in Form einer kostenfreien Dienstleistung der Kozlik GmbH durch Bereitstellung eines Kühlanhängers im Gesamtwert von 297,50 € wird angenommen.

17. Antrag der CDU/FDP Gruppe vom 17.01.2022 i.S. „Einrichtung eines Jugendparlamentes“ sowie div. Änderungsanträge, zuletzt Änderungsantrag BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE., Bürgerforum, SPD vom 09.11.2023 zum o.a. Antrag

SGB Brandt berichtet, dass der hier benannte Änderungsantrag der aktuelle Hauptantrag sei und es zu diesem Hauptantrag in der vergangenen SGA-Sitzung einen Änderungsantrag gegeben habe. Aktueller Hauptantrag sei nun der seitens Bündnis 90/ Die Grünen, Die Linke., SPD vom 09.11.2023 und der Ergänzungsantrag seitens der CDU/FDP-Gruppe. Das Thema sei in der SGA-Sitzung umfänglich diskutiert worden. Am Ende sei man übereingekommen, dass der Änderungsantrag unter nachfolgenden Änderungen angenommen werde:

§ 3 Abs. 5 solle nun heißen:

- *„Die an der Versammlung teilnehmenden Wahlberechtigten haben drei Stimmen.“*

Der Zusätzlicher § 7 - Sitzverlust und Ausschluss wie folgt ergänzt:

- *„Ein gewähltes Mitglied scheidet aus dem Jugendparlament aus, wenn das Mitglied das Mandat schriftlich niederlegt.“*

Die korrigierte Fassung sei bereits durch RM Löhr versandt worden und werde diesem Protokoll beigelegt.

Alle RM sind sich einig, dass am Ende ein guter Kompromiss gefunden worden sei und man hoffe, dass die Jugendlichen dem ebenfalls positiv gegenüberstehen werden.

SGB Brandt merkt an, dass sich die Verwaltung bei der Abstimmung enthalten werde. Man sei grundsätzlich nicht gegen Institutionen, die die Jugendarbeit fördern würden, man sei jedoch nicht 100%ig von dem Format überzeugt. Die Verwaltung würde sich wünschen, dass die Politik das Parlament entsprechend unterstützen und auch auf die Jugendlichen zugehen werde. Weiter würden die Mitgliedsgemeinden einen wesentlichen Faktor spielen. Man hoffe, dass die Kinder und Jugendlichen am Ende einen Nutzen daraus ziehen können und auch in den Gremien der Mitgliedsgemeinden angehört werden. Die Verwaltung werde das Parlament selbstverständlich mit besten Kräften unterstützen.

AV Brandes stimmt SGB Brandt zu, dies zu unterstützen. Alle seien gefragt, die Jugendlichen anzusprechen, die Politik genauso wie die Verwaltung.

Nach Abstimmung fragt SGB Brandt zu wann das Gremium starten solle.

Nach kurzer Diskussion ist man sich einig, darüber im nächsten SGA zu befinden. Die Verwaltung wird beauftragt einen Zeitplan zu erarbeiten.

BS: -mehrheitlich beschlossen-

Ja-Stimmen: 19 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 1 Befangen: 0

Das Jungendparlament wird gemäß den vorliegenden Anträgen, inkl. der Änderungen, gegründet.

18. Sachstandsberichte zu Verbänden und Beteiligungen der Samtgemeinde Baddeckenstedt

SGB Brandt gibt einen Bericht über die **1. Sitzung des Beirates RVZ Baddeckenstedt**, die am 25.09.2023 stattgefunden habe. Hier sei zu erwähnen, dass Herr Beims, Haverlah zum 1. Vorsitzenden und Frau Bollmeier, Sehle zur Stellvertreterin gewählt worden sei. In der Sitzung wurde ein Sachstandsbericht zum RVZ abgegeben, welcher sich zwischenzeitlich erübrigt habe, da das RVZ bereits eröffnet worden sei. Weiter wurde über das Nutzungskonzept des RVZ gesprochen. „Externe“ Dienstleistungen, die bisher in den Räumlichkeiten der Verwaltung stattgefunden hätten, wurden nun in das RVZ verlagert, um eine zentrale Anlaufstelle zu bieten.

Bezüglich der **Gesellschafterversammlung des RVZ** äußert der SGB, dass ein aktueller Sachstand in der nächsten Sitzung folgen werde, da in wenigen Wochen eine entscheidende Sitzung stattfinden werde (Vorstellung der Wirtschaftspläne). Der Sprecher teilt mit, dass derzeit ein Bewerbungsverfahren für den Geschäftsführerposten laufe.

Netzgesellschaft Braunschweiger Land:

Hier hätten die entsprechenden Vorlagen bereits einen groben Überblick zum aktuellen Stand gegeben. Man befinde sich derzeit im 1. Ausbaubereich der Glasfasererschließung für rund 24 Ortschaften. Die Fa. Ostbau habe derzeit Probleme, Fachkräfte an den Start zu bringen. Das Konstrukt laufe jedoch wie geplant. Im Rahmen des Netzausbaues 2025 würden weitere 28 Ortschaften angeschlossen werden. Hier werde im Jahr 2024 mit der Vermarktung gestartet.

WV Harz/ Heide:

Der SGB führt aus, dass dieser neu gegründet worden sei und den WV Peine im Bereich Hochwasser spezialisieren solle. Aktuell sei das Hochwasserrückhaltebecken in Burgdorf und das Hochwasserschutzkonzept Rhene, Oelber und Haverlah in Planung.

WV Peine:

SGB Brandt teilt mit, dass der Jahresabschluss 2022 geprüft wurde und vor wenigen Tagen eine Entlastung der Vorstände erteilt worden sei. Bezüglich der Abwasser- und Trinkwassergebühren werde der SGB entsprechende Zahlen zur Veranschaulichung aufbereiten und diese nachreichen.

MVZ Gesellschafterversammlung:

Hier wolle der SGB wie bei der Gesellschafterversammlung für das RVZ verfahren.

19. Mitteilungen

19.1. Mitteilungen: Sachstand RVZ/ MVZ

SGB Brandt informiert, dass das MVZ (Außenstelle Burgdorf) in dieser Woche zu 100 % fertiggestellt werde und man guter Dinge sei, dies zügig an den Start zu bringen.

Der Sprecher teilt mit, dass das RVZ bereits fertiggestellt worden sei. Am heutigen Tage habe der 1. Mittagstisch im RVZ stattgefunden, der sehr gut angenommen worden sei. Man habe sich dafür ausgesprochen, dieses Format regelmäßig anbieten zu wollen.

In Bezug auf die Hebammensprechstunde berichtet der SGB, dass diese positiv hervorgehoben werde und als Bereicherung für die SG gesehen werden sollte.

Weiter laufe derzeit ein Bewerbungsverfahren bezüglich des Geschäftsführerpostens. Die Unterlagen würden derzeit gesichtet.

19.2. Mitteilungen: Sachstand Flüchtlingssituation

SGORin Simons erläutert, dass der Druck zunehmend größer werde. Man bekomme nach wie vor Personen zugewiesen, verfüge jedoch nicht mehr über genug Wohnungen, in denen die Flüchtlinge untergebracht werden könnten. Wenn die Quoten weiterhin erfüllt werden müssen, brauche man bis März 2024 Wohnraum für rund 90 Personen. Man gehe zudem davon aus, dass die Quoten ab März weiter erhöht werden. Die Zahlen bezüglich der Ehrenamtlichen sei stark zurückgegangen. Die Kurse in der Sprachschule würden weiter angeboten, jedoch stehe nur eine Dozentin zur Verfügung. Die Sprecherin teilt mit, dass ca. 200 - 220 Personen seitens der SG betreut werden würden.

SGB Brandt geht darauf ein, dass im Frühjahr kein Wohnraum mehr zur Verfügung stehen würde und man sich darüber Gedanken machen müsse, welche Liegenschaften als Wohnraumerersatz dienen könnten. Auf Landkreisebene würden bereits Verhandlungen zur mehr Ausgleichszahlungen geführt.

19.3. Mitteilungen: Antragsstopp für Förderprogramme der Nationalen Klimaschutzinitiative

SGB Brandt teilt mit, dass aufgrund der Haushaltsprobleme der Bundesregierung sämtliche Fördertöpfe bezüglich der Wärmeplanung gestoppt worden seien. Sämtliche Anträge seien nicht mehr durchführbar.

19.4. Mitteilungen: Personalsituation in der Verwaltung

SGB Brandt berichtet, dass im Bürgerbüro eine neue Kollegin eingestellt worden sei. Frau Ansorge wird die Nachfolge von Frau Krüger übernehmen.

Weiter wird es ab dem 01.01.2024 eine Verschiebung innerhalb der Verwaltung geben. Frau Lohse wird von der Zentrale in das Ratsbüro wechseln.

Der SGB geht drauf ein, dass die Situation in den Kitas angespannt sei. Die Ausfallquote liege aktuell bei 30 %. Zähle man die vakanten Stellen hinzu, läge man bei weit über 30 %.

19.5. Mitteilungen: Kunstausstellung in der Samtgemeinde

SGB Brandt informiert, dass vom 01.12.2023 - 29.02.2024 die Kunstausstellung „Meer und Mehr“ im Rathaus ausgestellt werde. Diese könne zu den regulären Öffnungszeiten besucht werden.

19.6. Mitteilungen: Leader-Baumpflanzaktion

SGB Brandt teilt mit, dass die SG an der Leader-Baumpflanzaktion teilgenommen habe und bedankt sich bei allen freiwilligen Helferinnen und Helfern.

Darüber hinaus sei im Januar 2024 ein Infoabend über das Leader-Förderprogramm geplant, welche im RVZ stattfinden solle. Es seien alle Vereine, Verbände und alle Interessierten eingeladen, die Veranstaltung zu besuchen.

20. Anfragen

20.1. Anfragen: Anfrage im Rahmen der Beschlusskontrolle zur Umsetzung des Ratsbeschlusses X/246 (SG) „Feuerwehrhaus Haverlah: Grundsatzbeschluss über weitere Vorgehensweise“. seitens der Gruppe Bündnis 90/ Die Grünen, Die Linke. vom 09.12.2023

SGB Brandt äußert, dass eine Anfrage seitens Bündnis 90/ Die Grünen, Die Linke. eingegangen sei, die wie folgt laute:

Anfrage im Rahmen der Beschlusskontrolle zur Umsetzung des Ratsbeschlusses X/246 (SG) „Feuerwehrhaus Haverlah: Grundsatzbeschluss über weitere Vorgehensweise“.

Die Anfrage sei auf den 09.12.2023 datiert, jedoch erst am 11.12.2023 in der SG Verwaltung eingegangen. Er verweist hierzu ausdrücklich auf die Geschäftsordnung und die entsprechenden Fristen. Diese würden aus guten Grund existieren, um adäquat auf Anfragen eingehen zu können.

Der SGB beantwortet die im Antrag gestellten Fragen:

Zu 1.

Die Gemeinde Haverlah wurde am 25.3.2021 von der Samtgemeinde angeschrieben.

Zu 2.

Im Zuge der Gebäude- und TGA-Planung für das Haus des Dorfes sind die Hausanschlusserfordernisse bspw. für erhöhte Stromzufuhr inkl. Feuerwehrhaus, Schmutzwasserableitung aus dem möglichen Anbautrakt der Feuerwehr berücksichtigt. Das Haus des Dorfes ist so positioniert, dass zu einem späteren Zeitpunkt der Feuerwehrtrakt unter Berücksichtigung der Brandschutz- und Abstandsvorgaben angebaut werden könnte.

Zu 3.

Über den im Samtgemeindeausschuss am 1. September 2022 beratenen Vertragsentwurf hat der Verwaltungsausschuss der Gemeinde Haverlah beraten und Änderungswünsche vorgetragen. Dieser Vertragsentwurf sah Regelungen für den Neubau des Haus des Dorfes sowie für den Verbleib des ehem. Sportheimes in Haverlah vor. Der Gemeinderat Haverlah strebt nunmehr eine Kündigung des für den das ehem. Sportheim bestehenden Vertrages an, um zwei Verträge mit der Samtgemeinde abzuschließen: 1. für den Anbau an das Haus des Dorfes 2. für den Verbleib und die Unterhaltungspflicht für das ehem. Sportheim nach Fertigstellung des Haus des Dorfes. Der vom VA vorbereitete Beschluss soll am 19. Dezember im Gemeinderat gefasst werden.

21. Einwohnerfragestunde

21.1. Einwohnerfragestunde: Neuerungen Schulstandorte

Fr. Bock fragt nach Neuerungen bezüglich der Schulstandorte.

SGB Brandt antwortet, dass es keine Neuerungen gäbe. Der Sprecher bietet an, ihn auch direkt kontaktieren zu können, um den aktuellen Stand zu erfragen.

